

30.12.2010

SPD – Fraktion im Landkreis Straubing – Bogen
Heinz Uekermann, Vorsitzender
Schlehenweg 21
94360 Mitterfels

Landratsamt Straubing – Bogen
Herrn Landrat Alfred Reisinger
Leutnerstraße 15
94315 Straubing

Erhöhung der Bezirksumlage um 3.5 Punkte

Antrag:

Der Kreistag wendet sich gegen die geplante Erhöhung der Bezirksumlage

Sehr geehrter Herr Landrat,

ich zitiere: „Wenn man davon ausgeht, dass ein Prozent Umlagekraftsteigerung nur etwa eine um 0,2 Punkte geringere Bezirksumlage bedeutet, wird deutlich, dass die Steigerungen im Sozialbereich nur durch weitere Erhöhungen der Bezirksumlage auszugleichen sind“. ... „Die Kommunen werden damit restlos überfordert und nur Hilfe durch Bund und Land wird den finanziellen Kollaps verhindern“, so Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein bei der Haushaltssitzung für das Jahr 2011. Alle Bemühungen der Landkreise, von ihrem Schuldenberg herunter zu kommen, werden durch die Erhöhung des Bezirks zunichte gemacht.

Dies betrifft auch in besonderer Weise unseren Landkreis, in dem ein erfolgreicher Konsolidierungsprozess abläuft.

So lässt leider die dramatische Finanzlage der Kommunen die Staatsregierung bisher kalt.

Am 19. November fand das Spitzengespräch zwischen den kommunalen Spitzenverbänden auf der einen Seite und dem Finanzminister, dem Innenminister und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags auf der anderen Seite über den kommunalen Finanzausgleich 2011 statt.

Es ist nur ein Minimalergebnis für die bayerischen Kommunen heraus gekommen.

Der kommunale Finanzausgleich 2011 wird wesentliche Forderungen der kommunalen Familie nicht enthalten. So konnte die geringfügige Erhöhung der Verbundquote, mit der die Kommunen am allgemeinen Steuerverbund beteiligt werden, von 12,0 auf 12,2 Prozent nur in einem Verhandlungsmarathon mit mehrmaligen Abbruchdrohungen seitens der Kommunen erreicht werden. Mit der Erhöhung des Finanzausgleichsvolumens um 61 Millionen Euro (die reinen Landesleistungen steigen um 71 Millionen Euro) gleicht der Freistaat den Kommunen nicht einmal das aus, was ihnen mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz jährlich genommen wird (20120 waren es 128 Millionen Euro).

Die Staatsregierung ist jetzt in der Pflicht, die angekündigten Entlastungen der Kommunen im Sozialbereich, etwa für die Grundsicherung im Alter, in der Bundesregierung endlich umzusetzen.

Gesondert vom Finanzausgleich ist für die Bezirke eine zusätzliche Hilfe außerhalb der Steuerverbünde unabdingbar notwendig (Sozialhilfeausgleich für die Bezirke nach Art. 15 FAG).

Auch sollen die Mittel für die Bedarfszuweisungen deutlich erhöht werden, da wegen des Einbruchs der Steuereinnahmen mit einer deutlichen Zunahme der Bedarfszuweisungsanträge zu rechnen ist.

Es ist auch nicht hinnehmbar, dass von beantragten, wohl begründeten 500.000 Euro Bedarfszuweisung für den Landkreis nur 50.00 Euro, also inakzeptable 10 Prozent zugesagt werden.

Sehr geehrter Herr Landrat,

endgültig beschlossen wird der kommunale Finanzausgleich zusammen mit dem Doppelhaushalt vom Bayerischen Landtag voraussichtlich Anfang April.

Ich bitte Sie – zusammen mit dem Kreistag – in o.g. Sinne tätig zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Uekermann
Fraktionsvorsitzender